

Bürgerinitiative für den Erhalt öffentlichen Eigentums

c/o Dr. Uwe Meier, Am Tafelacker 4a, 38104 Braunschweig

Tel: 0531 – 376101

Tel: 0531 – 373078

Tel: 0531 - 56541

Einladung zur öffentlichen Pressekonferenz

**Freitag, dem 20.01.06 um 12h
in Raum 43 (1.Stock) Rathaus Braunschweig.**

OB Hoffmann schwenkt auf Bürgerinitiative ein: mit Teil-Gebührensenkung will er von Haushalts- Desaster ablenken

Da hat wohl OB Dr. Hoffmann das Fell des Bären verteilt, bevor er erlegt wurde. Er gibt jetzt schon mal teilweise zu, dass die Stadt Braunschweig mit dem Geld aus dem Erlös für die Stadtentwässerung nicht ihren Haushalt sanieren kann.

Zuvor muss OB Hoffmann nämlich vor der Kommunalaufsicht nachweisen, dass der Stadt auch tatsächlich gehört, was sie verkauft hat. Dass Rechte der Bürger verletzt werden, insbesondere die im Gebiet des Wasserverbandes Weddel-Lehre wohnen, das bestätigt jetzt OB Hoffmann in seiner Presseerklärung. Er sucht nun intensiv nach Schadensbegrenzung. Zum Beispiel im Stadtarchiv, um herauszufinden, wie denn nun die Finanzierung der Abwasserkanäle in den 1974 eingemeindeten Gemeinden war und welcher Bürger dieser Gemeinden wie viel gezahlt hat. OB Hoffmann hat selbst erhebliche Zweifel, „bemüht“ sich jedoch, um an „nähere Informationen“ zu gelangen. „Die Chance, lückenlose Nachweise aufzufinden“ hält er „jedoch für gering“. Auch ohne genaue Informationen bietet er heute in seiner Presseerklärung schon mal vorab 300.000 € Gebührensenkungen für seinerzeitige Beitragszahler in Außenbezirken an. Hintergrund dafür ist :

Bürger in den ehemals selbständigen Gemeinden Hondelage, Volkmarode, Dibbesdorf und Schapen sowie anderer Gemeinden, die zum Wasserverband Weddel-Lehre gehören, sind inzwischen besonders aufgebracht. Das kann doch nicht wahr sein, sagen viele Bürger, die Kanalisation haben wir doch vor etwa 30 Jahren einmal mit unseren Kostenbeiträgen und danach nochmals nach Eingemeindung in die Stadt Braunschweig mit unseren normalen Abwassergebühren bezahlt, und darum gehören die Kanäle uns und können nicht einfach verkauft werden.

Zur Aufklärung der Hintergründe und Erläuterung des weiteren Vorgehens lädt die „Bürgerinitiative für den Erhalt öffentlichen Eigentums“ zu einer Pressekonferenz am Freitag, 20.01.2006 um 12 Uhr ins Rathaus ein (Raum 43).